

Pressemitteilung

„Friedrich ist für alle Bürger zuständig – auch für Muslime“

IG-BCE-Bundesarbeitskreis Migration und Ulrich Freese kritisieren die Äußerungen des neuen Innenministers zum Islam.

Am vergangenen Donnerstag tagte der IG-BCE-Bundesarbeitskreis Migration in Hannover. Unter anderem wurde über die Äußerungen des neuen Innenministers mit dem stellvertretenden IG-BCE-Vorsitzenden, Ulrich Freese, diskutiert und folgende Erklärung verfasst:

„Viele Menschen freuen sich, dass von höchster Stelle klar die Muslime samt ihrer Religion als vollwertige Bürger dieser Gesellschaft anerkannt werden. „Der Islam ist auch ein Teil Deutschlands!“, hat Bundespräsident Christian Wulff erst kürzlich erklärt. Doch der neue Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich hat sein Amt bewusst mit einem Kontrapunkt zum Bundespräsidenten angetreten. „Dass der Islam zu Deutschland gehört, ist eine Tatsache, die sich auch aus der Historie nirgends belegen lässt“, sagte Friedrich.

Hans-Peter Friedrich tritt damit in eine Reihe mit Sarrazin, Seehofer und anderen, die Muslime gesellschaftlich unter Druck setzen. Das stärkt nicht nur die Vorurteile, sondern schürt auch Ängste unter der Bevölkerung. Diese Verunsicherung gegenüber den Muslimen ist keineswegs förderlich auf dem Weg des friedlichen Zusammenlebens. Dabei spielt es nur eine geringe Rolle, ob der Bundesinnenminister persönlich den Islam als zugehörig zu Deutschland betrachtet. Er ist zuständig für alle Bundesbürger - egal, ob muslimisch, jüdisch oder christlich.

Immerhin sind knapp 5 Millionen Muslime Bürger dieses Landes. Doch im Wahljahr 2011 scheint Herrn Friedrich die Verfassung des Landes wenig wert zu sein. Er versucht wie sein CSU-Parteivorsitzender Horst Seehofer Ängste zu schüren und damit Stimmen am rechten Rand der Gesellschaft zu fischen. So brüskiert er Millionen verfassungstreuer Muslime im Land.

Wie können sie sich als gleichberechtigte Bürger und Bürgerinnen fühlen, wenn sogar der Verfassungsminister ihnen die verfassungsmäßigen Rechte (Artikel 4) als erste Amtshandlung abspricht? Auch Friedrichs Vorschlag anlässlich der Islamkonferenz: „Muslime in Deutschland sollten helfen, fanatische Einzeltäter frühzeitig zu erkennen und Anschläge zu verhindern“, ist inakzeptabel. Er versucht damit die Konferenz zum Instrument der Sicherheitspolitik umzumodeln. Damit verlangt man von Muslimen, ihre Religion als fremd in diesem Lande zu sehen, aber gleichzeitig ruft man: „Kommt zum Dialog, denn ihr solltet euch integrieren!“ Das ist eine gefährliche Vorlage. Nun fehlte es nur noch, als nächsten Schritt den Muslimen ihre Recht, als religiöse Gemeinschaft zu leben, abzusprechen.“